Durchwursteln bis zum Crash Deutschlands Energiepolitik: Geld futsch, CO2 noch da

geschrieben von Fred F. Mueller | 4. Oktober 2013

Von den Politikern, die Deutschland in den nächsten vier Jahren regieren dürften, ist in Energiefragen vorerst wohl keine Richtungsänderung zu erwarten. Sowohl die CDU als auch die SPD sind nach wie vor stramme Vertreter der sogenannten Energiewende. Zudem ist Angela Merkel in diesem Punkt auch selbst Überzeugungstäterin: Als nach den Fukushima-Ereignissen die Gelegenheit günstig erschien, setzte sie Widerstände gegen die von ihr gewünschte Stilllegung der deutschen Kernkraftwerke matt, indem sie die eigentlich zuständige Reaktorsicherheitskommission kurzerhand durch einen ihr genehmen „Ethikrat“ umging. Die SPD wird diesen Kurs ebenfalls stützen. Man hört sogar schon Kommentare, dass die Genossen darauf dringen dürften, einen künftigen Energieministerposten zu besetzen. Beide Parteien wären im Prinzip bereit, die bisherige Politik auf dem Energiesektor unverändert weiterzuführen. Allerdings zeigt sich inzwischen bei der Umsetzung der schönen Theorie vom CO2-freien Strom aus Sonne und Wind in die raue Realität der eine oder andere Knackpunkt.

Das leidige Kostenproblem

Wichtigster Problempunkt ist aus Sicht der Öffentlichkeit zunächst die Kostenfrage. Zwar hat die Mehrzahl der Wähler diesbezüglich offensichtlich die Zeichen an der Wand noch nicht erkannt, wie das sehr gute Ergebnis gerade für Angela Merkel zeigt, doch regt sich in vielen Unternehmen und selbst im Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) inzwischen doch soviel Unmut, dass die Politik über kurz oder lang gezwungen sein wird zu reagieren. Deutschlands Wirtschaft hat ihre Stärken vor allem in Bereichen wie Maschinen- und Anlagenbau, Fahrzeugherstellung, Pharmazie und Chemie, also Branchen, die vergleichsweise viel Energie benötigen. Eine wichtige Stütze sind hierbei Metall erzeugende und verarbeitende Branchen wie Stahlhersteller, Aluminiumwerke, Gießereien und Schmieden, deren Produktion sehr energieintensiv ist, **Bild 1**. Hier befinden sich viele Unternehmen bereits jetzt am Limit. In manchen Fällen liegen die Bezugskosten für Energie bei 40, 50 oder gar 60 % der Gesamtausgaben. Weitere wesentliche Preissteigerungen dürften über kurz oder lang zu Abwanderungen oder Betriebsschließungen führen. Dieser Gefahr scheint man sich zumindest in den manchen Kreisen der CDU bewusst zu sein und wird versuchen, Gegensteuer zu geben. Allerdings gibt es auch erhebliche Kräfte, die dem entgegenstehen.

Bild 1. Metall erzeugende und verarbeitende Industrien sind ein entscheidendes Rückgrat der deutschen Wirtschaft (Symbolbild)

Die Energiewende spaltet die Gesellschaft

Das heimtückische am EEG und an der Energiewende ist, dass dadurch die Gesellschaft tief in zwei Gruppen mit gegensätzlichen Interessen gespalten wurde: In Gewinnler und Verlierer. Gewinnler sind nicht nur große Firmen wie die Hersteller von Windenergieanlagen oder Solarsystemen, sondern auch zahllose Kleinanleger (**Bild 2**), Häuslebauer sowie ganz normale Bürger, die sich eine Investition in „Erneuerbare“ als angeblich todsichere Geldanlage für die Altersvorsorge haben aufschwatzen lassen. Hinzu kommen Konzerne wie Siemens oder Enercon, die mit diesen Geschäftsfeldern Milliardenumsätze tätigen. Siemens z.B. liefert nicht nur Windmühlen, sondern bedient auch weitere Bereiche der Energietechnik z.B. mit Gaskraftwerken. Auch vom Ausbau der Netze und der Einführung von „Smart grids“ sowie „Smart meters“ inklusive der zugehörigen Überwachungs- und Leittechnik versprechen sich zahlreiche Firmen ein Milliardengeschäft. Auf der Verliererseite der Energiewende finden sich dagegen die große Masse der Bevölkerung, die für das lebenswichtige Versorgungsgut „Strom“ immer tiefer in die Tasche greifen muss, sowie wichtige Teile der produzierenden Industrie.

Damit sind erbitterte Konflikte rund um das Thema EEG und Energiewende vorprogrammiert, egal in welche Richtung die Politik versuchen wird sich zu bewegen. Zudem haben die EE-Profiteure die Medien und einen großen Teil des Staatsapparats auf ihrer Seite. Angesichts der zu erwartenden Konflikte wird die Politik vermutlich zur gleichen Taktik greifen wie auch beim Euro: Durchwursteln, taktieren, hier und da ein paar Trostpflästerchen verteilen und ansonsten hoffen und beten, dass die Probleme entweder von alleine verschwinden oder zumindest der nächsten Generation zugeschoben werden können. Da sich jedoch die Gesetze der Physik und des Marktes nicht ändern lassen, ist dies ein ziemlich sicheres Rezept für einen mehr oder weniger heftigen Crash. Noch nicht abzusehen ist die Frage, wie sich dieser manifestieren wird: Durch Blackouts, zu große Verluste an Arbeitsplätzen oder Unruhen aufgrund unbezahlbarer Strompreise. Noch werden Wetten angenommen…

Bild 2. Das heimtückische am EEG ist, dass dadurch die Gesellschaft tief in zwei Gruppen mit gegensätzlichen Interessen gespalten wurde. Auch die mehr als eine Million Solardachspekulanten werden ihre Privilegien mit Klauen und Zähnen gegen den Rest der Bevölkerung verteidigen (Symbolbild)

Keinerlei Gesamtkonzept in Sicht

Am besten zu erkennen ist die in der Politik vorherrschende Haltung des „Durchwurstelns“ am Fehlen eines schlüssigen Gesamtkonzepts für die Realisierung der Energiewende. Das EEG selbst hat nichts weiter bezweckt als den planlosen Bau möglichst vieler Anlagen zur „EE“-Stromerzeugung, zumeist fernab von den Verbrauchszentren. Leitungen und sonstige Infrastruktur, Speicherung und Netzstabilität wurden überhaupt nicht berücksichtigt. Die aktuell installierten Wind- und Solarkapazitäten von zusammen rund 66.000 MW sind inzwischen bereits so hoch, dass sie die Stabilität der Versorgung zu überfordern beginnen. Dennoch sind Wind- und Solarstrom außerstande, auch nur ansatzweise eine kontinuierliche Stromversorgung zu gewährleisten, **Bild 3**.

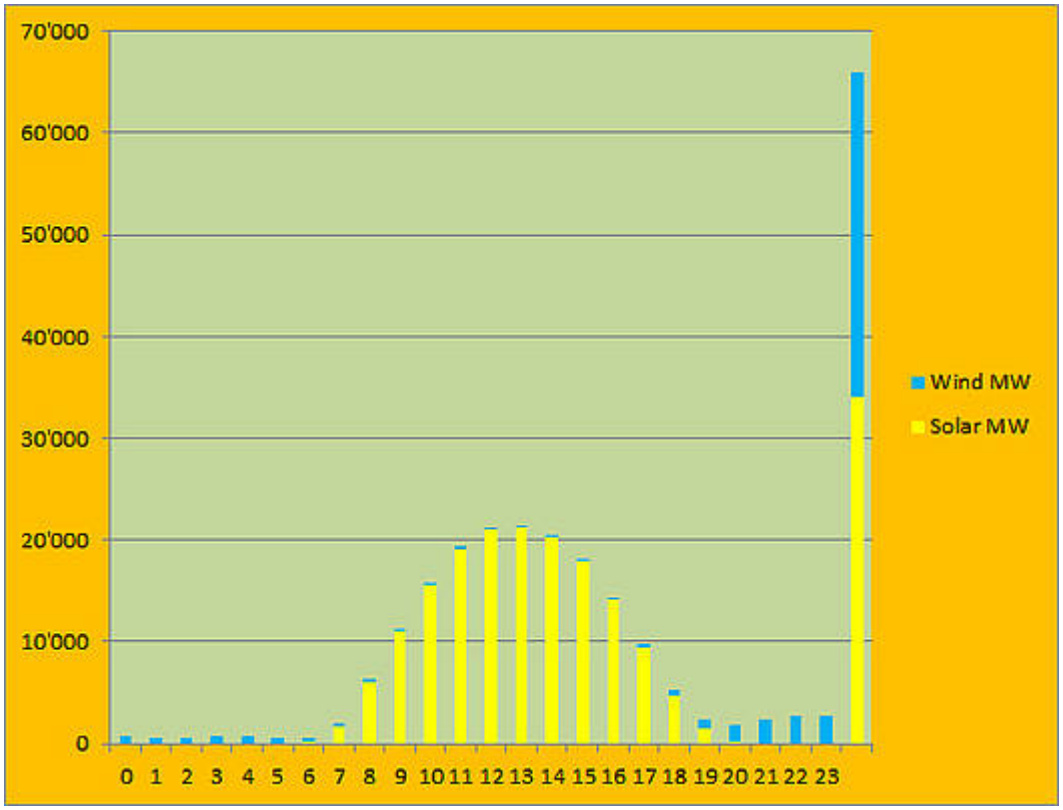

Bild 3. Erzeugung von Strom aus Wind- und Sonnenenergie in Deutschland am 22.8.2013. Teilweise sind es nur rund 600 MW, das reicht noch nicht einmal für den Standby-Betrieb der Nation. Ganz rechts die installierten Gesamtkapazitäten (Datenquelle: transparency.eex.com)

Zudem ist zur Gewährleistung der Netzstabilität je nach Tageszeit eine ständige Präsenz von ca. 30.000 bis 40.000 MW konventioneller Erzeugungskapazität erforderlich, die hauptsächlich von Grundlastkraftwerken erbracht wird. EE-Erzeugung erfolgt dagegen in dem bisher von Mittellast- und Spitzenlastkraftwerken abgedeckten Bereich von bis zu 45.000 MW zusätzlicher Leistung: Alles, was darüber hinausgeht, ist nicht mehr verwertbar. Im Prinzip müsste diese Energie gespeichert werden, doch fehlt in den aktuellen Planungen ein

realistisches Konzept zur Verwirklichung ausreichender Speicherkapazitäten, **Bild 4**. Zwar kann man sich teilweise damit behelfen, den mit jeder neuen Windanlage und jedem neuen Solardach immer noch steigenden Überschuss fallweise auf ausländischen Märkten zu „dumpen“, doch regt sich dagegen zunehmend Widerstand nicht nur im Ausland, sondern auch auf Ebene der EU.

Bild 4. Die Idee, den Strombedarf eines Haushalts mit so kleinen Speichern abpuffern zu wollen, wirkt absurd – aber auf nationaler Ebene sind nur Bruchteile von Promille der eigentlich zur Realisierung der Energiewende erforderlichen Speicherkapazitäten vorhanden (Symbolbild)

Auf der anderen Seite ist die Erzeugung von Strom aus Wind und Sonne – wie schon erwähnt – so unzuverlässig, dass man weiterhin den gesamten konventionellen Kraftwerkspark vorhalten muss. Eine Speicherung von Überschüssen für solche Fälle ist mit heute verfügbaren Technologien nicht zu vertretbaren Bedingungen zu bewältigen. Weitere Folge der fehlenden Speichermöglichkeiten ist im gleichen Zusammenhang die Tatsache, dass die verschiedenen Kategorien der EE-Stromerzeugung bereits jetzt beginnen, sich gegenseitig Konkurrenz zu machen. Wenn die installierten EE-Kapazitäten weiter zunehmen, kann man die Grundlastkraftwerke dennoch nicht abschalten, weil sonst die Netzstabilität gefährdet würde. Leidtragende sind deshalb zunehmend andere EE-Stromerzeuger wie Biogasanlagen und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen. In Zukunft dürften sich auch Wind und Strom zunehmend ins Gehege kommen. Dass man dann „Stillstandsprämien“ für nicht abnehmbaren Strom bezahlt, ist eine Absurdität, die sich nicht ewig durchhalten lassen wird.

Der einzige erkennbare Handlungsansatz unserer Politik sind Planungen zur Realisierung einiger zusätzlicher Fernleitungen, doch kann man diese eigentlich nur als Flickschusterei einstufen. Für die eigentliche Zielsetzung werden sie viel zu spät fertig und stehen mangels eines schlüssigen 40-Jahre-Gesamtkonzepts sicherlich oft auch an den falschen Stellen. Letzteres wird sich spätestens dann zeigen, wenn der aktuelle EE-Hype in einigen Jahren abgeklungen sein wird. Die dann wieder überflüssigen Leitungen und Masten werden dann noch mindestens 40 Jahre lang weiter in der Landschaft herumstehen und Geld kosten – zur Freude derjenigen, die sich „Bürgerbeteiligungen“ haben aufschwätzen lassen.

Energiekonzerne am Limit

Da die Strombörsen immer häufiger mit überschüssigem und daher zu Kampfpreisen verschleudertem Strom aus EE-Erzeugung überschwemmt werden, ist der Strompreis inzwischen soweit gefallen, dass die konventionellen Erzeuger (**Bild 5**) massive Probleme bekommen. RWE hat kürzlich angekündigt, rund 3000 Mitarbeiter entlassen und bis zu 10.000 MW an

Kraftwerkskapazität stilllegen zu wollen. Auch E.ON denkt über die Stilllegung von bis zu 11.000 MW konventioneller Kraftwerkskapazität nach. Zusammen wären das mehr als 23 % der aktuell noch vorhandenen rund 90.000 MW Kapazität konventioneller Kraftwerke. Dabei befindet sich die deutsche Stromproduktion bereits jetzt im kritischen Bereich: Einer Meldung der Fachzeitschrift „Österreichs Energie“ zufolge ist Deutschland seit Jahresbeginn 2012 bereits viermal an einem Blackout – mit wahrscheinlich europäischen Kaskadeneffekten – vorbeigeschrammt [OESE].

Bild 5. Grundlastkraftwerke wie das Braunkohlekraftwerk Weisweiler sind zur Aufrechterhaltung der Netzstabilität unverzichtbar (Bild: kohlekraftwerke.de)

Um das sich immer deutlicher abzeichnende Chaos der Energiewende perfekt zu machen, betreffen diese Stilllegungspläne Mittellast- und Spitzenlastkraftwerke besonders stark, also gerade solche Kraftwerkstypen, die für den Ausgleich der schwankenden Wind- und Solarerzeugung besonders dringend gebraucht würden. Die Energiewende zerstört somit selbst wesentliche Voraussetzungen für ihre Realisierung.

Zwar versucht die Politik Gegenmaßnahmen zu ergreifen, beispielsweise indem man in aller Eile ein Gesetz verabschiedete, das es ermöglicht, den Stromerzeugern die Stilllegung sogenannter systemrelevanter Kraftwerke zu verbieten. Allerdings muss diesen dann ein finanzieller Ausgleich gezahlt werden. Die vom EEG angestoßene Kostenspirale dreht sich somit munter weiter, man stopft Löcher, indem man andere aufreißt.

Mehr statt weniger CO_2

Das im Prinzip entscheidende Manko der Energiewende ist die Tatsache, dass das angebliche Hauptziel – die „Klimarettung“ durch Verringerung des CO2-Ausstosses bei der Stromproduktion – überhaupt nicht erreicht wird. Trotz gigantischer Ausgaben entsteht zur Zeit bei der Stromproduktion in Deutschland genauso viel CO2 wie vor 12 Jahren, als das EEG verabschiedet wurde, **Bild 6**. Diese Bilanz wird sich mit der Abschaltung der jetzt noch laufenden Kernkraftwerke sogar noch weiter verschlechtern, da die wegfallenden KKW‘s aus den oben dargelegten Gründen gar nicht durch Wind- oder Solarenergie ersetzt werden können. Stattdessen wird man auf Kohlekraftwerke zurückgreifen müssen. Nach Stilllegung der letzten KKW im Jahre 2022 wird Deutschland für seine Stromproduktion voraussichtlich mindestens 10 % mehr CO2 in den Himmel pusten als heute. Angesichts dieser Fakten kann man sich nur wundern, wenn man verfolgt, wie großmäulig gerade in diesen Tagen die deutschen Medien und Politiker die neuesten „Klimawarnungen“ des IPCC als Credo nachplappern.

Für die deutsche Politik dürfte dies nach einem Crash unangenehme Konsequenzen haben, sobald sich die Bürger zu fragen beginnen, warum ungezählte Milliarden € ausgegeben wurden, um das Klima dann doch nicht zu retten. Es wird interessant werden zu verfolgen, mit welchen Ausreden man dann versuchen wird, sich den Volkszorn vom Leibe zu halten. Das Thema „Klimarettung durch CO2-Vermeidung“ wird man dann wohl still und heimlich beerdigen – hoffentlich samt der deutschen Mitgliedschaft beim IPCC.

Fred F. Mueller

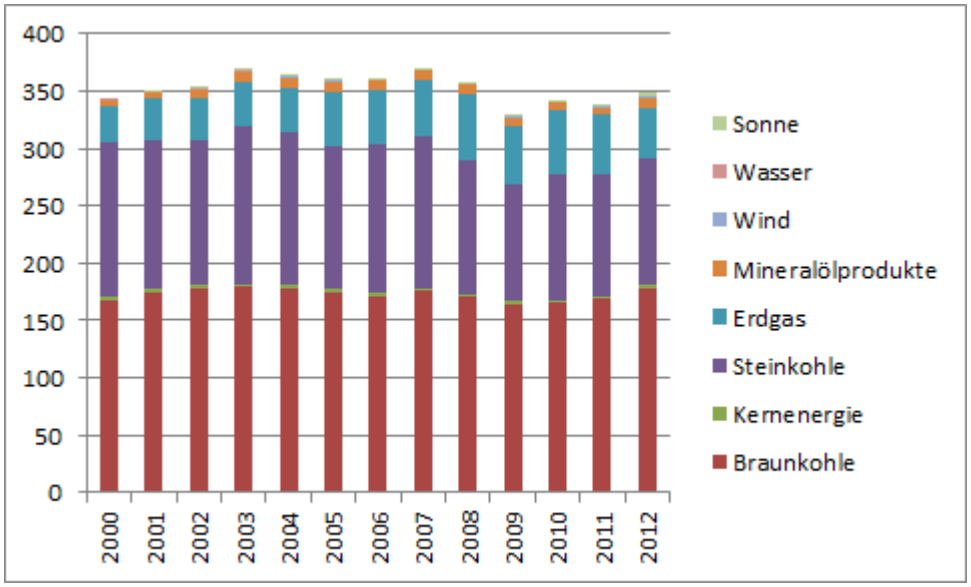

Bild 6. Auch nach 12 Jahren EEG und ungeheuren Ausgaben hat sich der CO2-Ausstoss deutscher Kraftwerke (Zahlenangaben in Mio. t CO2/ Jahr) nicht verringert

Quellen

[OESE] Oesterreichs Energie, Sept. 2013, S. 4-13.